

25. Ordentliche Bundesversammlung

15. Oktober 2005, Weser-Ems-Halle Oldenburg

Grüne

Beschluss

Grün macht den Unterschied – Für die ökologische und solidarische Modernisierung unseres Landes

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Bundestagswahl starke GRÜNE in den Deutschen Bundestag gewählt. Die Bundestagswahl 2005 war nicht unsere Idee. Wir GRÜNE haben uns aber, als die Entscheidung des Kanzlers für die vorgezogene Wahl gefallen war, schnell auf die neue Lage eingestellt. Wir haben, anders als die anderen Parteien, unser Wahlprogramm vor Beginn des Wahlkampfes bei einem Parteitag gemeinsam erarbeitet. Danach haben wir mit hoher Mobilisierung der ganzen Partei vom Ortsverband über die Kandidaten und Kandidatinnen bis zum Spitzenteam und zum Spitzenkandidaten Joschka Fischer einen ideenreichen, sehr engagierten und thematisch richtig zugespitzten Wahlkampf geführt. Und waren damit erfolgreich.

Ergebnis der Bundestagswahl

Mit 8,1% der Zweitstimmen haben wir ein sehr gutes Ergebnis erkämpft, das Drittbeste in unserer Geschichte. Unter den schwierigen Bedingungen dieses Wahlkampfes erzielt, ist es sicherlich nicht weniger wert als das Spitzenergebnis von 2002.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich damit als stabile, eigenständige Kraft erwiesen. Wir haben uns trotz mächtigen Gegenwindes und trotz zusätzlicher politischer Konkurrenz mit unserem GRÜNEN Wahlkampf behauptet, wurden nicht zwischen den größeren Blöcken zerrieben. 63% unserer Wählerinnen und Wähler gaben an, dass für sie inhaltliche Abwägungen im Vordergrund gestanden hätten. Vor allem bei Frauen hatten wir Rückhalt (9,4%). Wir freuen uns auch über das gute Ergebnis bei den Jungwählerinnen und Jungwählern, dort waren wir stärker als FDP und Linkspartei.PDS. Im Osten haben wir deutlich zugelegt. Wir kamen mit unseren ökologischen und verbraucherpolitischen Themen an, unsere Strategie „Weg vom Öl“ zeichnete uns gegenüber allen anderen aus. Gesellschaftspolitische Liberalität, Toleranz und Offenheit, für die wir stehen, und unser Eintreten für Gerechtigkeit waren Markenzeichen. Wir konnten deutlich machen, wie wir Rot-Grün verändern und erneuern wollten. Für unsere Wählerinnen und Wähler waren dabei unser Eintreten für ökologische und solidarische Modernisierung und unsere aktive Friedenspolitik von besonderer Bedeutung. Wir konnten auch in den wirtschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Themen mehr punkten als 2002. Trotzdem gaben wir sowohl an die Linkspartei.PDS Stimmen ab als auch an Union, FDP und ins Nichtwählerlager. Aber Rot-Grün verlor insgesamt nicht wegen GRÜN. Schröder erhielt das neuerliche Regierungsmandat nicht, das er gewollt hatte. Die



Schwäche der SPD führt zum Ende der rot-grünen Bundesregierung.

Unser Wahlkampf hat wirksam dazu beigetragen, dass erfreulicherweise Schwarz-Gelb am 18. September keine Mehrheit gewinnen konnte – Union und FDP zusammen haben, im Gegenteil, gegenüber 2002 deutlich Stimmen verloren. Zum dritten Mal in Folge gab es keine neoliberal-konservative Mehrheit bei Bundestagswahlen.

Union und FDP sind gescheitert, weil sie dem blanken Ökonomismus geopfert haben. Weil sie den Willen aufgegeben haben, die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen. Sie wollten den radikal ungerechten Systemwechsel im Sozialstaat, die Privatisierung von Lebensrisiken, den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und eine rückwärtsgewandte Gesellschaftspolitik. Sie haben verloren, weil sie, ähnlich wie vor drei Jahren, selbst angesichts von Hochwasserfluten, Hurrikan-Katastrophe und Energiepreis-Desaster ökologische Ignoranz repräsentierten. Das schwarz-gelbe neoliberale Durchregieren hat kein Mandat erhalten. Auf der anderen Seite wuchsen auch die Bäume der Linkspartei.PDS mit ihrer populistischen Politik nicht in den Himmel. Ihre fundamentale Absage an die begonnenen Reformen blieb klar in der Minderheit. Lafontaines Stimmungsmache hat eine Abfuhr erhalten.

Insgesamt ergab die von allen Parteien als Richtungswahl apostrophierte Wahlentscheidung ein politisches Patt. Einerseits ist das alte sozialdemokratische Paradigma, in dem sich fortschrittsgläubiger Industrialismus mit paternalistisch geprägter Schutzfunktion für Arbeitnehmer verband, an sein Ende gelangt. Andererseits gibt es gegen die von Merkel, Stoiber und Westerwelle vertretene Politik der Absage an das Sozialstaatsgebot und an ökologische Verantwortung eine Mehrheit links von der Union, die aber nicht gemeinsam regierungsfähig ist, da sie tiefgreifende programmatische und strategische Differenzen hat. Das Resultat wird eine Große Koalition der Wahlverlierer sein, von der wir wohl bei wichtigen Reformaufgaben Stillstand zu erwarten haben und von der gerade bei bündnisgrünen Anliegen Rückschritt auf Kosten der Zukunftsfähigkeit dieses Landes droht – so bei Umwelt- und Klimaschutz, in der Energiepolitik, beim Schutz der Bürger- und Verbraucherrechte oder bei der Agro-Gentechnik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich schon seit der Entscheidung des Bundeskanzlers für Neuwahlen für den Fall, dass Rot-Grün keinen Regierungsauftrag bekommt, auf Opposition als realistische Option eingestellt. Opposition ist kein „Mist“, sondern wir achten den Auftrag zur Opposition als unverzichtbare demokratische Aufgabe. Trotzdem haben wir nach dem 18. September die Angebote von SPD und Union angenommen, über die Möglichkeiten der Bildung einer „Ampel“- oder einer „Schwampel“-Regierung zu sprechen. Dies geschah nicht nur aus Höflichkeit, sondern um ernsthaft auszuloten, ob es eventuell doch eine Chance gibt, GRÜNE Reformpolitik in einer dieser Dreier-Kombinationen umzusetzen. Bundesvorstand und Parteirat waren sich einig, dass dabei Inhaltsfragen klar vor Machtfragen standen und stehen. Rot-Rot-Grün war durch die Absage von SPD, PDS und uns keine Option. Die Ampel-Spekulation scheiterte, noch bevor die inhaltlichen Schnittmengen hätten geprüft werden können, an der Weigerung der FDP, darüber überhaupt zu sprechen. Der sogenannten „Jamaika“-Idee begegneten wir von Anfang an mit noch größerer Skepsis. Tatsächlich zeigte sich dann, dass die Union nicht bereit oder in der Lage war, aus dem Scheitern ihrer marktradikalen und anti-ökologischen Strategie grundlegende Konsequenzen zu ziehen. Damit war für uns die Voraussetzung für weitere Sondierungen nicht gegeben.

Für uns GRÜNE stellt sich nun in der vor uns liegenden 16. Legislaturperiode des Bundestages die Aufgabe, eine harte und phantasievolle, angriffslustige und konzeptionelle Opposition zu sein. Wir werden eine konstruktive Opposition betreiben. Als kleinste Fraktion im Bundestag wollen wir, gegenüber der marktradikalen FDP am einen Rand und der populistischen Linkspartei.PDS am anderen, die Oppositionsführerschaft erringen. Beide Konkurrenten gefallen sich auf jeweils ihre Weise in grob vereinfachten Problemdeutungen und uneinlösbaren Versprechungen. Wir werden da

gegen einen klaren, für die Bürgerinnen und Bürger verständlichen Kurs der sozialökologischen Reformbereitschaft steuern, beruhend auf nüchterner Analyse und machbaren Alternativen. Und unsere Stärke ist es weiterzudenken, Visionen aufzuzeigen und Debatten auch gegen den Zeitgeist anzustoßen. Als Opposition werden wir Garanten der in den rot-grünen Jahren – teilweise auch gegen den Willen der SPD – erkämpften Fortschritte sein und uns dafür einsetzen, dass die Politik an unseren ökologischen und sozialen Zielen gemessen wird. Als Opposition werden wir Impulsgeber und Kreativwerkstatt sein. Als Opposition wollen wir auch die Regierung stoßen, schieben und hinter uns herziehen in Richtung gesellschaftlich notwendiger Reformen. Wir stehen dabei für die Verbindung von ökologischer Erneuerung und wirtschaftlicher Dynamik, für die Balance von Modernisierung und Gerechtigkeit, für ethische Maßstäbe statt blinder Fortschrittsgläubigkeit, für gesellschaftlichen Zusammenhalt, für Bürgerrechte, Weltoffenheit, für ein vernünftiges Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit und für eine verantwortliche Außen- und Friedenspolitik, für den fairen Ausgleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, vor allem bei der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen und der biologischen Vielfalt unseres Planeten. Unser Ziel einer Fortsetzung der rot-grünen Koalition haben wir dennoch nicht erreichen können. Damit hat die falsche Entscheidung der SPD für Neuwahlen sicherlich viel zu tun. Doch auch Fehler der rot-grünen Politik haben dazu beigetragen, die Zustimmung für Rot-Grün sinken zu lassen. Insgesamt ist so nicht immer deutlich genug geworden, dass es Rot-Grün darum ging, gerade für die großen sozialen Risiken, und in Zeiten von Umbrüchen und Hilfebedarf Verlässlichkeit und Solidarität zu gewährleisten und die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten, weil nur Reiche sich einen armen Staat leisten können.

Die sieben Jahre unserer Regierungsbeteiligung haben wir nicht als (babylonische) Gefangenschaft erlebt. Aber in dieser Zeit sind auch grundsätzliche Differenzen zu den Positionen der SPD klar geworden – etwa bezüglich ihrer rückwärtsgewandten Industriepolitik oder ihres etatistischen Staatsverständnisses. Wir haben auch eigene Fehler gemacht, die wir im Wahlprogramm bereits benannt haben, zum Beispiel sind Gerechtigkeitslücken unbestreitbar. Aus diesen Fehlern gilt es für die Zukunft zu lernen, wie wir es bereits im Wahlprogramm getan haben.

Dennoch: Sieben Jahre Rot-Grün waren eine für grüne Ziele erfolgreiche Zeit. Deutschland ist grüner geworden. Davon werden wichtige Weichenstellungen und Aufbrüche auch über das Ende von Rot-Grün hinaus von Bedeutung bleiben. Bündnisgrüne Erfolge gab es besonders in den Bereichen der Gesellschafts- sowie der Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik: Staatsbürgerschaftsrecht, Atomausstieg, Gewaltschutzgesetz, Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, Ökologische Steuerreform, das Erneuerbare Energien Gesetz, Agrarwende, Ganztageschulen, neue Kinderpolitik, Zuwanderungsgesetz, Lebensmittel ohne Gentechnik und gesunde Ernährung. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik waren wir bereit, notwendige Reformen anzugehen, die vorher 16 Jahre liegen geblieben waren. Das Rentensystem wurde generationengerechter. Frühere SozialhilfeempfängerInnen erhielten Anspruch auf Qualifizierung und Vermittlung. In der Außenpolitik hat in rot-grüner Zeit Deutschland mehr internationale Verantwortung übernommen, und wir haben unser Land aus dem Irakkrieg heraus gehalten. Wir haben unserem Handeln einen erweiterten Sicherheitsbegriff zugrunde gelegt, der zivile Konfliktbearbeitung, Bekämpfung der Armut, den Erhalt der Umwelt und Einhaltung der Menschenrechte umfasst.

Strategische Veränderungen

Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl hat die Voraussetzungen für künftig erfolgreiche Durchsetzung bündnisgrüner Politik grundlegend verändert. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beginnt damit eine neue politische Phase. Wir müssen als Partei unsere Grundwerte und unsere programmatische Orientierung nicht neu erfinden. Wir müssen aber auf deren Basis mit weiterentwic

kelten Bündnisstrategien gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Reformvorstellungen erringen und neue Wege finden, um für bündnisgrüne Politik Gestaltungsmehrheiten zustande zu bringen. Wir wollen für ökologische, soziale und gesellschaftliche Reformgruppen – von der Globalisierungskritik, über Flughafenausbaueegner oder Verbraucherschützer bis hin zu progressiven UnternehmerInnen – erster Ansprechpartner sein und mit ihnen grüne Politik hegemonial machen.

Gründlich verändert hat sich mit der Bundestagswahl das Parteiensystem. Die beiden Volksparteien bröckeln weiter. CDU/CSU und SPD sind beide Wahlverlierer. Zusammen haben sie diesmal unter 70% der Stimmen erhalten, weniger als jemals seit 1949. Es ist nicht zu sehen, wie die Erosion der Volksparteien wieder gestoppt oder gar in ihr Gegenteil verkehrt werden könnte. Vielleicht stehen wir am Beginn des Endes der Volksparteien wie wir sie kennen.

Rot-Grün hat gegenwärtig in keinem Landtag außer in Rheinland-Pfalz und Bremen eine Mehrheit. Der Linkspartei.PDS könnte es bei weiterer Stabilisierung etwa durch Zuzug aus bestimmten Gewerkschaftskreisen gelingen, eine rot-grüne Mehrheitsbildung auf Länderebene vielleicht noch mehr zu erschweren. Für uns bleibt Rot-Grün eine wichtige Option im Bund und in den Ländern, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Chancen für Zweier-Konstellationen auf eine regierungsfähige Mehrheit, außer für eine Große Koalition, geringer werden. Schwarz-Grün ist zudem durch die Union programmatisch versperrt. Rein rechnerisch ergeben sich Dreier-Kombination aus Rot-Grün-Gelb, Schwarz-Gelb-Grün oder Rot-Rot-Grün. Wenn wir GRÜNE im Bund mittelfristig nicht nur auf die Karte Rot-Grün oder auf die Rolle der Opposition beschränkt werden wollen, müssen wir auch daran arbeiten, neue Bündnisse parlamentarisch möglich zu machen. Das gilt ebenso für die Länderebene. Immer gehen Inhalte vor Macht.

Neue Gestaltungsmehrheiten im Parlament für GRÜNE Politik entstehen nicht über Nacht. Sie entstehen schon gar nicht durch programmatischen Opportunismus. Es gibt von uns zu den anderen Parteien keine Äquidistanz: Nicht beim Atomausstieg, bei Energie- und Klimapolitik, nicht in der Gentechnik- und der Verbraucherpolitik, nicht in den Fragen der sozialen Erneuerung, nicht in Bürgerrechtsfragen, nicht in der Gesellschaftspolitik und nicht hinsichtlich der Bildungs- und Kinderpolitik. In allen diesen Bereichen haben wir mit der SPD zusammen mehr erreicht, als mit der Union auch nur diskutierbar wäre.

Um in allen diesen für uns wesentlichen Bereichen Gestaltungsmehrheiten für GRÜNE Politik wieder zu ermöglichen, müssen wir in klarer und harter, offener und offensiver Auseinandersetzung mit der politischen Konkurrenz die Reichweite GRÜNEN Einflusses erweitern, müssen wir GRÜNE Ideen hegemonial machen. Der neoliberalen Politik der FDP sind wir diametral entgegengesetzt. Bündnisse mit einer Union, die bloß wirtschaftsliberal und kulturkonservativ ist, bei der soziale und ökologische Interessen im toten Winkel der politischen Aufmerksamkeit liegen, bei der Freiheit und Weltoffenheit einer illusionären Law und Order Politik geopfert werden, kommen für uns nicht in Betracht. Auch nicht Bündnisse mit einer Linkspartei.PDS, die soziale und notwendige Reformen für den Erhalt des Sozialstaats in Zeiten der Globalisierung fundamental und strukturkonservativ verweigert und stattdessen das Blaue vom Himmel verspricht, ohne sich der Finanzierungsfrage zu stellen und die sich immer noch einer ehrlichen Verantwortungsübernahme für das Handeln ihrer Vorgängerorganisation SED verweigert. Umso wichtiger ist es, eine offensive inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen der Linkspartei und ihren WählerInnen zu suchen.

Neue Bündnisse beginnen nicht zuerst im Parlament. Sie beginnen in der Gesellschaft, bei den Wählerinnen und Wählern. Bisher sagen in Umfragen rund 70% der Wählerinnen und Wähler noch, sie könnten sich nicht vorstellen, GRÜN zu wählen. Aber eine Mehrheit sagt auch, wir GRÜNEN kümmern uns um wichtige Probleme, die andere Parteien vernachlässigen. Außerdem haben wir bereits in vielen Fragen populäre Mehrheiten für GRÜNE Ziele. Das reicht vom Atomausstieg über die erneuerbaren Energien und eine ehrgeizige Klimapolitik, über Ablehnung

von Genfood, über mehr Verbraucherrechte, über Ganztageschulen, über den Ausbau der Kinderbetreuung, gesundes Essen, über die Bürgerversicherung, über die Ehe von Schwulen und Lesben bis zum Vertrauen in eine auf Multilateralismus setzende und von Joschka geprägte Außenpolitik. Tatsächlich machen wir damit erfolgreich Politik im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Um auch in den konservativen oder in den linken Kreisen, in denen wir bisher als Wahlalternative nicht in Betracht kommen, über Einzelthemen hinaus Zugang zu finden, müssen wir uns für die Blickweisen und Anliegen dieser Menschen mehr öffnen und ihnen unsere GRÜNEN Politikangebote zugänglicher machen. Dazu wollen wir unsere politische Kultur weiter verbessern, Zugang und Teilhabe erleichtern. Auch die Bündnisfähigkeit und Kampagnenfähigkeit unserer Partei müssen wir weiter erhöhen – unser bundesweit erfolgreicher Aktionstag am 10.9., an dem sich die Kreisverbände intensiv beteiligt haben, zeigt, dass wir schon eine gute Grundlage dafür gelegt haben.

Die Diskussion der letzten Wochen hat gezeigt, dass sich Erwartungen an neue Gestaltungsmehrheiten aus verschiedenen Richtungen an uns GRÜNE richten. Manche „Jamaika“-Befürworter, etwa aus dem Wirtschaftsrat der Union (angeblich zu 70% für „Jamaika“), suchten sicherlich nur einen Hilfsmotor für ihre bei der Bundestagswahl gescheiterte Politik. Bei ihrem Plädoyer kam zum Beispiel die Ökologie nicht vor. Andere sprachen beim „Kampf um die Grünen“ davon, uns auf einen „wertkonservativen Kern“ zu reduzieren. Aber bestimmte befürwortende Stimmen, auch aus der Wirtschaft, richteten sich durchaus darauf, dass wir für ökologische Innovation stehen und mittelstandsfreundliche Politik anstreben, die wirtschaftliche Dynamik mit sozialen Rücksichten verbindet. Positiv wurde unser Eintreten für eine nachhaltige Finanzpolitik und für Generationengerechtigkeit vermerkt. Solche Signale wollen wir aufgreifen. Genauso wie die von reformorientierten Gewerkschaftern, die unsere Verteidigung von Arbeitnehmerrechten ebenso schätzen wie etwa unsere bildungs- oder frauenpolitischen Positionen.

Wir halten an unserer Grundposition fest, wie wir sie im Grundsatzprogramm beschlossen haben: „Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte.“ Von diesen Werten leitet sich unsere Politik ab. Mehrheiten mit uns müssen mit diesen Grundüberzeugungen vereinbar sein. Wir wollen mit unseren Inhalten in alle Richtungen wirken, in das linke Lager ebenso wie in das sogenannte bürgerliche Lager. Wir können das, weil wir als GRÜNE die moderne, werteorientierte und emanzipative Kraft sind, die links, freiheitlich und solidarisch ist. Die FDP ist gegenwärtig ganz neoliberal verbarrikadiert. Aber es ist noch völlig unklar, ob die beginnende Kritik innerhalb der Union an der eigenen, radikalen Westerwellisierung durch Merkel, Merz und Kirchhof zu einer Besinnung auf eine zeitgemäße Wiederaneignung der christlich-sozialen Traditionslinie führen wird. Noch ist auch nicht absehbar, ob sich die Linkspartei.PDS für konstruktive linke, ökologische Reformpolitik öffnen könnte. Schließlich ist nicht absehbar, wie berechenbar die SPD unter dem Druck von rechts und links sein wird. Um so mehr gilt für uns GRÜNE die Maxime, dass parlamentarische Bündnisse daran zu messen sein werden, wie viel GRÜNE Politik sie ermöglichen. Nach dem Ende des bisherigen Modells Rot-Grün stehen wir vor einem Neustart GRÜNER Möglichkeiten. Wir arbeiten aus der Opposition an der „Option GRÜN“. Das bedeutet die Möglichkeit unterschiedlicher Regierungskonstellationen zu eröffnen, wenn sie eine gute Umsetzung GRÜNER Politik versprechen. Wir sehen darin auch einen Beitrag zur Neuausrichtung der Europäischen Linken, die vor der Aufgabe steht, aus den verschiedenen nationalen Sozialmodellen einen gemeinsamen, attraktiven Weg der nachhaltigen und solidarischen Erneuerung herauszuarbeiten.

Inhaltliche Aufgaben

Inhaltlich stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Oppositionspartei vor mehreren Aufgaben. Wir müssen schnell zur politischen Attacke finden, um früh den Widerstand gegen durch die Große

Koalition drohende politische Rückschritte zu organisieren. Das betrifft etwa den Verbraucherschutz und dabei vor allem die Agro-Gentechnik, den Naturschutz oder den Bereich der Bürgerrechte. Auch wenn es darum geht, den Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Demontage unserer sozialen Sicherungssysteme zu verhindern, können die Betroffenen auf Grüne Oppositionspolitik zählen. Grüne Oppositionspolitik wird sich aber nicht darin erschöpfen, Rückschritte zu verhindern. Wir müssen breite gesellschaftliche und institutionelle Bündnisse eingehen, um für zentrale GRÜNE Reformkonzepte Druck zu machen. Für das politische Handeln von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedeutet dies u.a. die Einbeziehung und den Dialog mit Nichtregierungsorganisationen und Verbänden. Das gilt für die Strategie „Weg vom Öl“, für bildungspolitische Reformen und die Kinderpolitik, für beschäftigungspolitische Initiativen gerade im niedrig qualifizierten Bereich und Mindestlöhne, für eine aktive Politik der Gleichstellung der Geschlechter sowie für unsere moderne Bürgerrechtspolitik (z.B. für Lesben und Schwule). Wir stehen für einen reflexen und verantwortungsvollen Umgang mit technischem Fortschritt, gerade auch in der Biomedizin. Klima- und Energiepolitik ist ein strategischer Angelpunkt für unsere GRÜNE Perspektive, auch in globaler Verantwortung. Hier treffen sich Wirtschafts- und Umweltpolitik, Wissenschaft und Innovation, soziale Fragen, Sicherheits- und Außen- sowie Entwicklungspolitik. Im Jahr 20 nach Tschernobyl, angesichts zunehmender Klimaextreme, im Bewusstsein neuer Berichte über eine Beschleunigung der Erderwärmung und drohende Rekord-Eisschmelze wird dies für uns auf allen Ebenen der Politik von der Kommune bis Europa ein Zentralthema 2006 sein.

Angesichts zunehmender Ausgrenzung und Armut, Massenarbeitslosigkeit und einer Verunsicherung bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein muss unsere Politik gerade die im Blick behalten, die von Ausgrenzung betroffen sind oder in eine ungewisse soziale Zukunft blicken. Stärker noch als bisher müssen wir zudem darum bemüht sein, die ökologische Frage mit der sozialen und ökonomischen Frage zu verbinden.

Wir müssen in etlichen Fragen unsere Konzepte weiter entwickeln. Dabei sind auch die Bedeutung und Wirkung der Globalisierung zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für den gesamten Bereich der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dazu gehören u.a.: eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik, mündige Bürgerinnen und Bürger als Leitbild der Sozialpolitik und schöpferische Wirtschaftspolitik, die ergänzt wird durch nachhaltige Haushalts- und leistungsgerechte Steuerpolitik. Wir brauchen neben der tagesaktuellen Arbeitsmarktpolitik ein GRÜNES „Arbeitsmarktszenario 2020“, das einer sich wandelnden Gesellschaft gerecht wird, in der „klassische“ Vollbeschäftigung vermutlich nicht mehr der Normalfall ist. Konzeptionelle Arbeit ist auch wichtig für eine Umweltpolitik, die mit weniger Bürokratie mehr Umweltschutz bewirkt, wie für die stärkere Einbindung der Mobilitäts- und Chemiepolitik in eine ökologische Innovationspolitik sowie für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. Die Globalisierung, die den Menschen auch Vorteile bringt, darf nicht dazu führen, dass zugunsten eines liberalisierten Handels Grundwerte der Gesellschaft aufgegeben oder zurückgestellt werden. Europa steckt in der Krise und braucht dringend einen demokratischen Schub. Das GRÜNE Projekt einer europäischen Volksabstimmung über einen Verfassungsrahmen, der sich auf die Kernpunkte konzentriert, erfordert eine Kraftanstrengung auf allen politischen Ebenen, um die notwendige europäische Öffentlichkeit zu erzeugen. Einen demokratischen Schub wollen wir nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in Deutschland. Demokratie heißt hier mehr als Föderalismusreform. Deutschland braucht nicht nur eine bessere Arbeitsteilung zwischen Bund und Ländern, sondern mehr direkte demokratische Mitgestaltung. Damit stärken wir das Verantwortungsbewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger und schaffen ein Mittel zur sozialen Integration. Wir wollen Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene, eine Ausweitung des Bürgerentscheids auf Landesebene und Volksentscheide auf Bundesebene. Schließlich müssen wir konkret der Regierung auf der Spur bleiben und ihren Vorschlägen eigene Alternativen gegenüberstellen, sei es bei der Föderalismusreform, bei der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik, beim Subventionsabbau oder der Haushalts- und Steuerpolitik. Zentrale Herausforderungen der nächsten Jahre sind u.a. die sich verändernde Arbeitsgesellschaft und die demographische

Entwicklung. In diesen gesellschaftlichen Veränderungen sehen wir aber auch Chancen, verantwortliche Politik für die Zukunft zu gestalten. Dafür wollen wir Konzepte entwickeln.

Es ist Aufgabe des Bundesvorstandes, in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion, mit Bundesarbeitsgemeinschaften, mit Landesverbänden, Regional-, Kreis- und Ortsverbänden, der Grünen Jugend, den Landtagsfraktionen, den KommunalpolitikerInnen sowie der Fraktion im Europäischen Parlament einen kreativen, innovativen und auch provokativen Wettbewerb um die Lösung dieser Aufgaben zu koordinieren. Dabei kommt es auch darauf an, Schwächen unserer Vernetzung in die Gesellschaft hinein, etwa im Bereich der Wissenschaften und der Forschung, zu überwinden. Unsere Verbindungen in die kulturelle Szene wollen wir ausbauen.

Viele der genannten Fragen berühren unmittelbar Grundsatzfragen GRÜNER Politik. Etwa beim Sozialen: Wie halten wir die soziale Balance in einer sich dynamisierenden Ökonomie? Wie soll das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat, zwischen Individualität und sozialer Bindung neu vermessbar werden? Von welchen Voraussetzungen, die sie nicht selbst schafft, lebt Sozialpolitik? Welche Zugänge zu Bildung und Kultur sind nötig, um soziale Gerechtigkeit im Sinne der Verbindung von Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Solidarität zu ermöglichen? Welche Rechte brauchen Verbraucherinnen und Verbraucher, um bei Gesundheit bis Altersvorsorge abgesichert zu sein? Was ist der Sozialstaat des 21. Jahrhunderts? Inwieweit greift er Traditionen anderer Länder, zum Beispiel der nordischen Länder, auf? Wie „garantistisch“ ist er? Welche Rolle bekommt die Europäische Union in der grünen Wirtschafts- und Sozialpolitik? Wie geht GRÜNE Wirtschafts- und Sozialpolitik damit um, dass sich unsere Gesellschaftsformation, die um Erwerbsarbeit als kulturellen Zentralwert zentriert war, fundamental verändert? Dass Wirtschaft und Arbeitsmarkt sich spalten in einen dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Teil und einen von staatlichem Schutz und Subventionen abhängigen Teil? Dass eine alternde Gesellschaft mit veränderter Risikobereitschaft und Produktivitätsweise die wirtschaftliche Prosperität mit neuen Herausforderungen konfrontiert? Wie sichern wir die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen? Wie kann eine nachhaltige und zukunftsgerechte Mobilität weltweit gestaltet werden? Wie lassen sich soziale Rechte, eine armutsfeste Grundsicherung und unser gesellschaftliches Leitbild der Weltoffenheit und Freiheit in Zeiten der Globalisierung durchsetzen?

Um solche Fragen zu diskutieren, wird vor Sommer 2006 ein GRÜNER Zukunftskongress stattfinden, den unsere Grundsatzkommission thematisch vorbereiten soll. Dort sollen vier Jahre nach Verabschiedung des Grundsatzprogramms die darin enthaltenen Leitprojekte neu hervorgehoben und von ihnen ausgehend der grüne Leitfaden unserer Politik diskutiert werden. In den Landesverbänden soll diese Diskussion durch Regionalkonferenzen vorbereitet werden. Bei dem Zukunftskongress und in den vorbereitenden Regionalkonferenzen werden wir den Austausch mit WissenschaftlerInnen, VertreterInnen von Gewerkschaften und Unternehmen, KünstlerInnen, NGOs, Initiativen und Verbänden suchen. Wir wollen zivilgesellschaftliche Akteure mit einbeziehen und unsere Politik im offenen Dialog weiterentwickeln. Die Ergebnisse des Zukunftskongresses werden in einem „Grünbuch Zukunft“ veröffentlicht.

GRÜNE Zuwächse

2006 ist ein Jahr mit Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt (im März) sowie Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (im September), mit Kommunalwahlen in Hessen (März) und Niedersachsen (Herbst). Da die Rückgewinnung der Gestaltungsmacht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur über die Länder laufen kann, wird der Bundesverband die betroffenen Landesverbände nach Kräften unterstützen.

Ein besonderes Augenmerk des Bundesvorstandes soll dabei den Wahlen in Ostdeutschland gelten. In den letzten Landtags- und Kommunalwahlen in Ostdeutschland ist uns dort jeweils ein relevanter Stimmenzuwachs gelungen. Bei der Bundestagswahl 2005 kamen wir in Ostdeutschland (einschließlich Ostberlin) zum ersten Mal seit 1990 wieder über 5% der Zweitstimmen. Im Osten, wo die Linkspartei.PDS zweitstärkste Partei wurde, kommt es sehr stark auf die Auseinandersetzung mit dieser Partei an. Wir können dabei an unsere überdurchschnittliche Resonanz bei Jungwählern anknüpfen. Umwelt und Gerechtigkeit sind dort mit Abstand die wichtigsten GRÜNEN Themen. Mit unserem verlässlichen Engagement gegen Rechtsaußen bilden wir eine gewichtige Stimme gegen Intoleranz. Inhaltlich unterstützen wollen wir die Arbeit der ostdeutschen Landesverbände durch eine Kommission des Bundesvorstandes mit Beteiligung von Grünen aus ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern mit Strukturproblemen. Diese Kommission soll eine integrierte Position zur Frage der Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen ausarbeiten. Unser Ziel ist es, 2006 in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern den Einzug in den Landtag zu schaffen.

Zuwachs brauchen wir auch weiter bei den Mitgliedern. Gerade jetzt kommt es darauf an, sich aktiv bei GRÜN zu engagieren. Seit 2002 steigt die Mitgliederzahl kontinuierlich, aber zu langsam an. Unterschiedlich erfolgreiche Landesverbände können dabei voneinander lernen. Unser gemeinsames Ziel sollte es sein, bis Ende 2006 wieder die Zahl von 47.000 Mitgliedern zu überschreiten. Zusammen mit der Grünen Jugend wollen wir ganz gezielt auch die Organisation Jüngerer bei GRÜN erheblich ausbauen und auch unser Engagement bei den Älteren auch mit Hilfe der „Grünen Alten“ verstärken. Der Bundesvorstand wird weiterhin durch seine Nachwuchsförderung dazu beitragen, dass der bündnisgrüne Generationswechsel nicht aufhört.